

Als der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier kürzlich in Washington war, unterbrach er seine diplomatischen Verpflichtungen, um während eines Abendessens mit einer kleinen Gruppe Intellektueller darüber zu diskutieren, wie die amerikanische Gesellschaft im Jahre 2050 aussehen könnte. Es war ein anregendes und entgegenkommendes Hin und Her, bis zum Nachtsich die Rede auf Afghanistan kam.

Einer der amerikanischen Gäste bemerkte, die Vorstellung, der Westen könnte Afghanistan wiederaufbauen, sei höchst unrealistisch, jedenfalls nicht realistischer als vergleichbare Anstrengungen im Irak, in Osttimor oder Haiti. Als Argument führte der Amerikaner an, dass Misserfolge der Entschlossenheit und Glaubwürdigkeit des Westens schaden würden. Einer der Berater des Ministers erwiderte leidenschaftlich, der Wiederaufbau Afghanistans gehe sehr gut voran. Er verwies auf die zweitausend Schulen, die in Afghanistan seit der amerikanischen Intervention im Jahr 2001 gebaut worden seien, auf die gewaltige Steigerung der Zahl der Kinder, die mittlerweile eine Schulbildung (1,5 Millionen Mädchen inbegriffen) erhielten, und auf die viertausend Kilometer frisch asphaltierter Straßen, die Handel und Verkehr wesentlich erleichterten.

Der deutsche Diplomat steht mit seiner Meinung nicht allein. Während in Deutschland – wie in Europa allgemein – die militärische Intervention in Afghanistan an Rückhalt in der Bevölkerung verliert, bleibt die Unterstützung für den Wiederaufbau Afghanistans beträchtlich. Nach einer Umfrage des German Marshall Fund unterstützen fast zwei Drittel der Europäer die Bemühungen um den Wiederaufbau Afghanistans, aber weniger als ein Drittel billigte einen Kampfeinsatz ihrer Soldaten.

Tatsächlich ist es in ein- und derselben Nato-Mission zu einer Art Arbeitsteilung gekommen: Die militärische Aufgabe wird zunehmend den Vereinigten Staaten überlassen, während andere Staaten sich vor allem auf den Wiederaufbau des Landes konzentrieren. Diese Arbeitsteilung beruht bei den Europäern auf mehreren Faktoren: dem allzu verständlichen Widerwillen, zu töten und getötet zu werden; der moralischen Verpflichtung, armen Menschen zu helfen, deren Land besetzt ist; und schließlich die Vermutung, dass Afghanistan und andere vergleichbare Länder auf wirtschaftliche Entwicklung angewiesen sind, wenn der Einfluss islamischer Extremisten eingedämmt und die Gefahr gebannt werden soll, dass sie Terroristen als Zufluchtsort dienen. Als historisches Vorbild für die Annahme, dass fremde Mächte in großem Stil die Gesellschaftsordnung eines anderen Landes beeinflussen können, gelten ausgerechnet die Vereinigten Staaten und ihre westlichen Verbündeten, die nach dem Zweiten Weltkrieg halfen, Deutschland und Japan wiederaufzubauen.

In der Tat sind das völlig falsche Vorstellungen. Verlangt wird also ein ganz anderer Ansatz, eine bescheidenere und realistischere Vision, die auf eine moralische Untermauerung jedoch nicht verzichten sollte.

Die Neokonservativen sind heute weitgehend diskreditiert. In erster Linie werden sie dafür verantwortlich gemacht, dass es 2003 zu der waghalsigen Invasion im Irak kam: Ihre Ideologie beruhte auf der Überzeugung, dass fremde Mächte eine Planwirtschaft leicht in eine freie Marktwirtschaft und eine Tyrannei in eine Demokratie verwandeln können. Vergessen ist, dass dieselben Neokonservativen in den achtziger Jahren viele Anhänger gewannen, weil sie darauf hinwiesen, dass es nicht möglich sei, Sozialverhalten in großem Stil zu steuern.

Die Neokonservativen zeigten, dass die meisten der großen Sozialprogramme, die in den Vereinigten Staaten während der sechziger Jahre unter dem Schlagwort „Great Society“ beschlossen wurden, keinen Erfolg gehabt hatten. Der Regierung gelang es nicht, die Armut auszurotten, Minderheiten eine Zukunftsperspektive zu geben, die öffentlichen Schulen zu verbessern oder den Rauschgiftgebrauch zu unterbinden. Die Neokonservativen wiesen nach, dass die Annahme falsch war, soziale Probleme ließen sich mit einer Kombination aus wohlmeinenden Beamten und Geld wie Heu lösen. All das schien vergessen, als dieselben Neokonservativen 2003 den gleichen Ansatz auf das weit entfernte Afghanistan und den Irak anwandten.

Die Wortführer des Wiederaufbaus verschließen sich auch den schmerzhaften Lektionen, die die Geschichte der westlichen Entwicklungshilfe bereithält. Im Jahr 2006 zeigte ein ausführlicher Bericht über die vielen Milliarden Dollar, die von der Weltbank seit Mitte der neunziger Jahre für wirtschaftliche Entwicklung ausgegeben worden waren, dass sich das Pro-Kopf-Einkommen – einer der wichtigsten Entwicklungsindikatoren – trotz größter Bemühungen der Bank in vielen Ländern nicht erhöht hatte. In 14 von 25 Ländern, die in dem Bericht erfasst wurden, war das Pro-Kopf-Einkommen Anfang 2000 gleich oder niedriger als Mitte der neunziger Jahre. Darüber hinaus hatten sich jene Länder (besonders in Afrika), die die meiste Unterstützung erhielten, am wenigsten entwickelt, während die Länder, die nur geringe Unterstützung erhielten (besonders China, Singapur, Südkorea und Taiwan), sehr rasch vorankamen. Anderen Kritikern gilt Entwicklungshilfe als ein „vergiftetes Geschenk“, da es die Abhängigkeit von ausländischen Mächten fördert, die einheimischen Bemühungen untergräbt und denjenigen am meisten nützt, die gut Anträge schreiben und Mit-

arbeitern von Stiftungen und Hilfsorganisationen charismieren können.

Nun haben die Weltbank und andere Entwicklungshilfe-Organisationen unlängst ganz überraschend entdeckt, dass ein Großteil der zur Verfügung gestellten Mittel wegen weitverbreiteter Korruption auf höchster Ebene verschwendet wird. Als entwicklungshemmend gelten auch Missmanagement, Inkompetenz und eine schwache Regierung. Verschwendung und Korruption kommen aber nicht nur in den Empfängerländern vor. Ein beträchtlicher Teil der Hilfgelder, die für Afghanistan und vergleichbare Länder bereitgestellt werden, wird dafür ausgegeben, hochdotierte westliche Berater zu bezahlen, und

Weil die Sicherheit des Westens auch am Hindukusch verteidigt wird, fehlt es gerade in Deutschland nicht an Appellen, Afghanistan mit noch mehr Geld wirtschaftlich und sozial auf die Beine zu helfen. Doch die Aussichten, dass eine Gesellschaft wie die Afghanistans innerhalb weniger Jahre aus dem Mittelalter in das 21. Jahrhundert katapultiert werden kann, sind gering. Ein Essay über Moral und Hypermoral.

an westliche Vertragspartner oder Unternehmen fließen außergewöhnlich hohe Gewinne. So fordert der amerikanische Gesetzgeber, dass Nahrungsmittel für Entwicklungshilfe zu hundert Prozent bei Landwirten in den Vereinigten Staaten gekauft und dass 75 Prozent aller Nahrungsmittel von amerikanischen Transportunternehmen verschifft werden müssen. Dann werden sie Nichtregierungsorganisationen übergeben, die kaum rechenenschaftspflichtig sind.

Eine Untersuchung der englischen Wirtschaftszeitung „The Economist“ kam kürzlich zu dem Ergebnis, dass die weitverbreitete Korruption, die Vetternwirtschaft, die Stammesstrukturen, fehlende Rechenhaftigkeit und grobe Misswirtschaft als Hauptursachen für die langsame Entwicklung in Afghanistan anzusehen seien. Der „Economist“ empfahl daher, dass der Westen den afghanischen Präsidenten Karzai zu Reformen veranlassen müsse. Eine merkwürdige Vorstellung: Wie sollte Herr Karzai vorgehen? Alle Minister berufen, sie bitten, keine Bestechungsgelder mehr anzunehmen und mit der Verteilung öffentlicher Gelder an ihre regionalen Parteigänger aufzuhören? Sie entlassen und ersetzen – durch wen? Und wenn er so handeln würde, was würde mit deren Entourage geschehen? Viele Polizisten, Richter, Gefängniswärter, Zollbeamte und Staatsangestellte erhalten regelmäßig Bestechungsgelder und gewähren Mitgliedern ihrer Familie, ihres Clans und ihrer Stammesgruppe Vorteile. Die meisten sind schlecht ausgebildet und haben keine beruflichen Fertigkeiten, auf die sie zurückgreifen könnten. Wie soll ein Präsident diese eingeleichteten Gewohnheiten und diese Kultur ändern – selbst wenn er vom Westen unterstützt wird?

Man kann einwenden, dass Reformen wie diese in anderen Ländern, einschließlich des Westens, Erfolg hatten. Tatsächlich könnten Sozialwissenschaftler den Entwicklungsländern einen großen Dienst erweisen, wenn sie eine gründliche Untersuchung darüber anstellen, wie Korruption und Misswirtschaft in jenen Ländern zurückgestutzt wurden, denen es gelang, diese Schwächen in den Griff zu bekommen. Eine solche Studie würde wahrscheinlich zu dem Ergebnis kommen, dass dieser Prozess Jahrzehnte, wenn nicht gar Generationen dauerte und mit einem beträchtlichen Wandel des Bildungswesens und der gesellschaftlichen Kräfte (etwa der Entstehung einer größeren Mittelschicht) einherging. Diese Veränderungen können nicht überstürzt werden und müssen weitgehend von innen heraus erfolgen.

Dasselbe gilt für die meisten anderen Erscheinungsformen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Verhaltensweisen und Werte gelten seit Jahrhunderten und sind in der Tradition tief verwurzelt. Sie verändern sich ein langsamer und schwieriger Prozess, der in der Regel nicht von außen aufgezwungen, geschweige denn beschleunigt werden kann.

Warum sollten die Vereinigten Staaten in der Lage sein, das afghanische Schulwesen zu reformieren, wenn sie an dieser Aufgabe überall zwischen Washington DC und Los Angeles gescheitert sind? Und wie sollen die Franzosen, die nicht in der Lage sind, mit den muslimischen Minderheiten in den Außenbezirken von Paris zurechtzukommen, in den Außenbezirken von Kandahar mit den Muslimen zurechtzukommen? Auch in Europa sind die Erfolge verschiedener Sozialreformen eher bescheiden. Man denke nur an die neuen Länder in Deutschland: Trotz Transferleistungen und Investitionen von fast einer Billion Euro kann 18 Jahre nach der Wiedervereinigung von einer Gleichwertigkeit der

setzt, muss man damit rechnen, dass der Wiederaufbau in Ländern wie Afghanistan sehr langsam vorangehen und allen Beteiligten sehr viel abverlangen wird.

Man kann sich auf den Standpunkt stellen, dass der Westen keine andere Wahl hat, als Afghanistan und vergleichbaren Ländern zu helfen, um zu verhindern, dass das Fehlen von Arbeit, einem angemessenen Einkommen oder Eigentum in der Masse der Bevölkerung einen fruchtbaren Boden für das Heranwachsen von Terroristen entstehen lässt. Diese Gefahr besteht nach herrschender Meinung vor allem in Ländern, in denen aufgrund einer hohen Geburten- und einer sinkenden Sterberate eine Masse „junger zorniger

wehen, die Armee und die Polizei, das Justizwesen und die Gefängnisse, die Medien und vieles mehr.

Es wird oft behauptet, die Vereinigten Staaten hätten keinen Plan für den Nachkriegs-Irak gehabt. Richtig ist, dass das Außenministerium vor der Invasion von 2003 eine umfangreiche, dreizehnbändige, als die „Die Zukunft des Irak-Projekts“ bekannt gewordene Studie vorbereitet hatte. Sie enthielt Pläne für die Wasserversorgung, die Landwirtschaft und die Umwelt, das öffentliche Gesundheitswesen, die Verteidigung und die politischen Institutionen, für die Wirtschaft und Infrastruktur, die Erziehung, die Gerichtsbarkeit, demokratische Prinzipien und Verfahren,

son verlorengelassen, die Sicherheit erhöhen oder irgendeinen anderen Nutzen stiften.

Kurzfristiger Nutzen muss längerfristigem vorgezogen werden. Die Versorgung mit besserem Saatgut, mit Dünger oder mit Wasser zahlt sich innerhalb von Monaten aus, das Pflanzen von Bäumen innerhalb von Jahren, die Grundschulausbildung in einem Jahrzehnt oder mehr. Diese Beispiele veranschaulichen, wie schwierig es ist, die Schlussfolgerung zu akzeptieren, die sich aus dem „Triage“-Ansatz ergibt. Diesen Ansatz zu ignorieren hieße jedoch, die Ziele zu gefährden, die in Reichweite liegen.

Projekte mit einem hohen Multiplikationseffekt sollten jenen mit geringer Wirkung vorgezogen werden; arbeits-, aber nicht kostenaufwendige jenen, die kosten-, aber nicht arbeitsintensiv sind; diejenigen, die wenig Energie verbrauchen oder erneuerbare Energie nutzen jenen mit entgegengesetzten Eigenschaften. Überall sollte versucht werden, eine kleine Zahl von Projekten abzuschließen statt mit vielen zu beginnen. (Das Gegenteil geschah und geschieht in Afghanistan und im Irak.)

Als Regel sollte auch gelten, alte Ordnungen nicht zu verändern; wenn überhaupt, sollten sie nur langsam reformiert oder erneuert und nicht ersetzt werden. Dies trifft für beides zu, die Infrastruktur wie die Institutionen mit ihrem Personal, also auf Stammesführer (in Afghanistan), die Mitglieder der Regierungspartei in Staatsdiensten (Ba'ath im Irak) oder Institutionen wie damals das Kaisertum in Japan.

Alles in allem muss „Entwicklung“ auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Es sollte Schluss sein mit unrealistischen Versprechen und hochgezückelten Erwartungen wie denen, dass ganze Länder aus der Armut befreit werden können und zu Reichtum gelangen; dass aus Tyrannei schnell eine funktionierende Demokratie wird; oder dass diese Länder aus dem Zustand des Terrors in den Zustand des Friedens „katapultiert“ werden können. Stattdessen sind ständige Warnungen angebracht, dass der vorausliegende Weg lang und beschwerlich sein wird. Eine solche Abschwächung der Erwartungshaltung ist nicht nur notwendig, um zu verhindern, dass die Moral eines Tages zusammenbricht, sondern auch, dass die Unterstützung für Hilfsmaßnahmen in den Geber- wie den Empfängerländern gleichzeitig abbricht. Realistische Versprechungen ermutigen alle Beteiligten, selbst zum Gelingen des Projekts beizutragen, anstatt sich auf Unterstützung von außen zu verlassen. So sind sich alle Beteiligten auch zu motivieren, Konflikte zu verringern und Meinungsunterschiede auf politischem Weg beizulegen. Ein echtes Anzeichen dafür, dass die Rahmenbedingungen stimmen, wird es sein, wenn die Beteiligten überrascht sind, dass alles viel schneller vorangeht als gedacht und die Ergebnisse die Erwartungen übertreffen.

Es wird selten darüber gesprochen, dass westliche Sozialarbeiter eigentlich versuchen, Afghanistan und andere vergleichbare Länder in westliche Gesellschaften zu verwandeln. Das verletzt zutiefst die traditionellen und religiösen Werte der meisten Menschen in diesen Gesellschaften. Dabei besteht das Hauptproblem nicht einmal darin, dass die alten Werte und die sozialen Bindungen um sie herum untergraben werden. Viel schwerer wiegt, dass das daraus resultierende Wertevakuum nicht beachtet wird und westliche Formen von hedonistischem Materialismus und Konsumdenken gefördert werden. Fortschritt wird am Pro-Kopf-Einkommen gemessen oder an der Anzahl der Waschmaschinen oder Fernsehapparate, die eine Familie besitzt.

Diese Werte geben keine Antwort auf die profunden spirituellen, sozialen und moralischen Fragen, die frommen Menschen am Herzen liegen. Das aber ist notwendig, will man ihre überlieferten Werte ersetzen oder – praktischer gesagt – in andere, positive sozialethische Werte so umwandeln, dass sie den Vorstellungen gemäßigter Muslime entsprechen. Dass dieses Thema nicht behandelt wird, ist ein Hauptgrund dafür, warum westliche Ideen wirtschaftlicher Entwicklung in traditionellen Gesellschaften nicht so willkommen sind, wie ihre Befürworter es erwarten.

Sicher kann man verschiedene Kriterien für eine Art Wiederaufbau-Triage entwickeln. Alle bisherigen Bemühungen lassen aber keinen Zweifel daran, dass jeder übermäßig ehrgeizige und weitgefächerte „Schrottgewehr“-Ansatz zum Scheitern verurteilt ist. Außerdem gibt es ernsthaften Zweifel am moralischen Wert eines solchen Ansatzes, weil er zur Verschwendung knapper Ressourcen und zu wachsender Entfremdung führt.

Für den Wiederaufbau gilt, nicht anders als auf vielen Feldern menschlichen Strebens, die Maxime „weniger ist mehr“. Wenn die Europäer die Führung beim Wiederaufbau Afghanistans übernehmen und dieses Land als Modell für die Entwicklung vergleichbarer Länder dienen soll, dann wäre der Sache besser gedient, wenn jene, die führen, Demut zeigten, die nötige Projektauswahl trafen und Übertreibungen durch Errungenschaften ersetzten, die alle Versprechungen übersteigen, statt auf grandiose Weise hinter ihnen hinterherzuhinken.

♦ ♦ ♦

Der Verfasser wurde 1929 in Köln geboren. Er lehrt Soziologie und Internationale Beziehungen an der George-Washington-Universität und leitet das von ihm begründete „Communitarian Network“.

Roy Lichtenstein, Crakl, 1963/64, Lithographie, 48,9 x 70,2 cm, Leo Castelli Gallery, New York
© VG Bild-Kunst, Bonn 2008.

Weniger ist mehr

Von Professor Amitai Etzioni



Lebensverhältnisse auf vielen Gebieten nicht die Rede sein.

Aber wie erging es Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg? Der erfolgreiche Wiederaufbau beruhte auf vielen Voraussetzungen, die anderswo kaum gegeben sind und auch nicht geschaffen werden können. Erstens hatten beide Länder nach der militärischen Niederlage kapituliert und sich den Besatzungsmächten bedingungslos unterworfen. Zweitens wurde der Wiederaufbau durch viele Gegebenheiten erleichtert, die in jenen Ländern fehlen, deren Gesellschaften derzeit umgebaut werden sollen.

In Japan und Deutschland bestand nicht die Gefahr, dass es zu einem Bürgerkrieg und einer Spaltung des Landes entlang ethnischer oder religiöser Grenzen käme, wie es in Afghanistan und dem Irak der Fall ist. Auf das Thema nationale Einheit musste nicht einmal ein Gedanke verschwendet werden. Im Gegenteil: Die starke nationale Einheit war ein entscheidender Faktor dafür, dass der Wandel mit relativer Leichtigkeit herbeigeführt werden konnte. Andere begünstigende Faktoren waren kompetente Politiker und ein niedriges Korruptionsniveau. Und als besonders wichtiger Punkt wäre in Deutschland wie in Japan eine ausgeprägte Kultur des Fleißes und der Selbstdisziplin zu nennen. Das begünstigte harte Arbeit und große Sparsamkeit – wesentliche Voraussetzungen für das Entstehen kommunaler Vermögenswerte und ein niedriges Niveau öffentlicher Ausgaben.

Auch die Bedingungen in den Geberländern waren andere als heute. 1948, im ersten Jahr des Marshall-Plans, belief sich die Hilfe für alle sechzehn europäischen Länder auf insgesamt dreizehn Prozent des amerikanischen Haushalts. Im Vergleich dazu geben die Vereinigten Staaten zur Zeit weniger als ein Prozent ihres Etats für Entwicklungshilfe aus, und nicht alles davon ist für die wirtschaftliche Entwicklung bestimmt. Andere Länder haben höhere Quoten, jedoch sind die Gesamtsummen, die für die Auslandshilfe vorgesehen sind, viel geringer als jene, die am Ende des Zweiten Weltkrieges für den Wiederaufbau aufgebracht wurden. Kurzum, die heutigen Aufgaben sind viel schwerer zu lösen, und im Vergleich dazu sind die verfügbaren Ressourcen spärlich.

Kultur ist ebenfalls ein Hauptgrund, der die erstaunlichen Unterschiede in der Überwindung sogenannter Untereentwicklung erklärt, besonders zwischen den südasiatischen „Tigern“, die wenig Hilfe erhielten, und den afrikanischen und arabischen Staaten, in die viele Gelder geflossen sind. Ich vertrete ausdrücklich nicht die These, dass sich Letztere aufgrund genetisch bedingter Faktoren nicht weiterentwickeln könnten. Aber es ist offensichtlich, dass ihre Kulturen auf anderen Werten beruhen und sich vor allem auf traditionell-religiöse, lokale und stammesbedingte Bindungen stützen. Diese Kulturen können sich verändern, aber nur langsam, und der Wandel kann nicht von Außenstehenden beschleunigt werden. Das alles vorausge-

Männer“ lebt. Doch trotz einer unter aufgeklärten Menschen weitverbreiteten Auffassung, dass Terrorismus mit Armut verknüpft und deshalb Entwicklung das beste Gegenmittel sei, beweist auch die jüngste Geschichte, dass beide nicht viel miteinander zu tun haben.

Die Terroristen des 11. September, die das amerikanische Festland angriffen, kamen aus der Mittelschicht und hatten an Universitäten studiert. Usama Bin Ladin ist ein Milliardär. Der amerikanische Politologe F. Gregory Gause hat gezeigt, dass „die wissenschaftliche Literatur über das Verhältnis zwischen dem Terrorismus und anderen soziopolitischen Indikatoren, wie etwa einer demokratischen Verfassung, überraschend dürftig ist“. Anhand der vorhandenen Daten lasse sich aber auf keinen Fall belegen, dass Demokratien wesentlich weniger empfänglich für Terrorismus sind als andere Regierungsformen.

Es entspricht allgemeingebildlichen moralischen Überzeugungen, dass diejenige unter uns (als Individuen und als Staaten), die privilegiert sind, deren Einkommen erheblich über dem anderer Menschen oder anderer Staaten liegt, und die bis heute von der Ausbeutung ihrer ehemaligen Kolonien profitieren, die Verpflichtung haben, jenen zu helfen, die weniger begünstigt sind. Einige behaupten, diese Verpflichtung sei gegenüber Ländern, die besetzt wurden, besonders stark, weil die Besatzer großen Schaden anrichteten. Als Colin Powell Außenminister der Vereinigten Staaten war, wollte er die angeblich in Topereiwarenläden geltende Regel „Wer etwas zerbricht, muss es auch kaufen“ (You break it, you own it), auch auf besetzte Staaten angewandt sehen.

In Wirklichkeit gibt es diese Pottery-Barn-Regel gar nicht. Und ebensowenig leuchtet ein, dass der Westen, wenn er eine Diktatur wie die der Taliban oder Saddam Husseins stürzt, den unterdrückten Völkern etwas schuldet, das über die Befreiung von einem despotischen Regime hinausgeht. Im Gegenteil, sie sollen dem Westen zu großem Dank verpflichtet sein. Und selbst wenn man der Ansicht ist, dass die Besatzer diese Länder vollständig besetzen sollten, dann kann sich der „Wiederaufbau“ nur auf das erstrecken, was durch die Intervention zerstört wurde, wie etwa Türen, die auf der Suche nach Terroristen aufgebrochen wurden. Das heißt, es geht um die Wiederherstellung des Status quo ante – und nicht um den Aufbau des Landes von A bis Z.

Ganz gleich zu welcher Schlussfolgerung man bei der Frage nach dem Ausmaß des (Wieder)Aufbaus kommt, eine moralische Verpflichtung besteht immer: Begrenzte Ressourcen dürfen nicht verschwendet werden. Diese Maxime ist allerdings schwer zu befolgen, wenn man nicht akzeptiert, dass Entwicklungshilfe, wie hoch sie auch sein mag, niemals ausreichen wird, wenn man Entwicklung – wie es der Westen in Afghanistan und im Irak tut – als einen Versuch versteht, praktisch alle Elemente einer Gesellschaft zu erneuern: die Wirtschaft, den Staatsdienst, das Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwe-

die Kommunalverwaltung, den Aufbau einer Zivilgesellschaft, freie Medien, die Produktion von Erdöl und Energie und vieles mehr. Als Ergebnis dieses weitgefächerten „Schrotflinten“-Ansatzes wurden Hunderte von Projekten in Angriff genommen – und kaum eines beendet. Viele wurden aufgegeben, weil nicht genügend Geld zur Verfügung stand, sie zu Ende zu führen.

Um es zu wiederholen: Aufgeklärte Zeitgenossen würden hierauf mit der Forderung reagieren, die Hilfe zu erhöhen. Doch wie viel auch investiert würde, das Missverhältnis zwischen den erforderlichen und den verfügbaren Ressourcen bliebe in jedem Fall bestehen, und die meisten Veränderungsprozesse brauchen sehr viel Zeit.

Bei genauer Abwägung dieser grundsätzlichen Überlegungen muss man den Schluss ziehen, dass die Frage nach der Maximierung des Nutzens begrenzter Ressourcen und dem Risiko möglicher Vergeudung oder sogar des Schadens nicht nur ein praktisches, sondern auch ein moralisches Problem ist. Es ähnelt dem Dilemma jener, die – oft gegen ihren Willen – um eine medizinische Selektion (Triage) nicht umhinkommen. Wer sich mit der Steuerung des Sozialverhaltens befasst, muss sich entscheiden: Welche Projekte sind nicht mehr zu verwirklichen und sollten aufgegeben werden? Welche könnten aus eigener Kraft gelingen und sollten keine Mittel erhalten? Und welchen wenigen, ausgewählten sollte Vorrang gegeben werden?

Eine Art Entwicklungs-Triage ist bisher nicht ins Werk gesetzt worden, zumal sie einen beträchtlichen gedanklichen Aufwand voraussetzt. Ein Mindestmaß an Sicherheit ist die wichtigste Voraussetzung. Wenn die am Tag verlegten Ölleitungen in der folgenden Nacht wieder zerstört werden, wird das Öl nicht sehr weit fließen. Wenn Kraftwerke und Umspannstationen mit großem Aufwand errichtet, aber nicht gesichert werden, dann sind sie einfach ein weiterer Ort, an dem Ressourcen vergeudet werden. Wenn Fachkräfte vor Terroristen Angst haben, werden sie das Land verlassen und woanders arbeiten, und so weiter.

Der Begriff „Mindestmaß an Sicherheit“ soll deutlich machen, dass es nicht notwendig ist, alle Bedrohungslagen zu bewältigen. Auch in westlichen Städten stellen Kriminelle, mitunter auch Terroristen, eine Gefahr dar. Diese Gefahren müssen jedoch auf einem Niveau gehalten werden, das das Alltagsleben nicht beeinträchtigt und das nicht Ressourcen bindet, die andernorts produktiver eingesetzt wären. Das Gegenargument, dass Entwicklung für die Sicherheit wichtig und deshalb vorrangig sei, ist rundheraus falsch. Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit gibt es keine Entwicklung, wie auch Entwicklung nicht per se zu mehr Sicherheit führt.

Aus moralischen Gründen sollte humanitäre Hilfe durch die Bereitstellung von Grundnahrungsmitteln gewährt werden (wie es nach Naturkatastrophen der Fall ist), ganz gleich ob sie nun zur Entwicklung beitragen oder nicht, durch Korrupti-